

3.104 Zukunft braucht Investitionen

Beschluss der BDKJ-Hauptversammlung Mai 2025

Es waren stets ‚die Jugend‘ und zukünftige Generationen, die zur Begründung der Aufrechterhaltung der Schuldenbremse herhalten mussten. Die Berücksichtigung von jungen Menschen bei dieser politischen Frage ist so richtig und wichtig, wie sie es auch bei allen anderen Fragen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Weichenstellungen sein muss. Doch die Betrachtung greift zu kurz, wenn sie ausschließlich die finanziellen Schulden fokussiert - und dabei die wachsenden Investitionslücken ausblendet, die junge und zukünftige Generationen mit den Folgen einer maroden Infrastruktur, eines überlasteten Bildungssystems, der Klimakrise und wachsender sozialer Ungerechtigkeit zurücklässt. Insbesondere ländliche und strukturschwache urbane Räume sind von Investitionsrückständen stark betroffen und müssen von einem zunehmenden Strukturabbau geschützt werden.

Besonders betroffen sind dabei mehrfach marginalisierte Personen - etwa Frauen, intergeschlechtliche, nicht-binäre, trans* und agender Personen, insbesondere solche mit Migrationsgeschichte oder Behinderung -, deren vielfältige Diskriminierungserfahrungen die negativen Folgen unzureichender Investitionen noch verschärfen. Besonders problematisch ist die zunehmende Kluft zwischen jenen, die dies durch privates Kapital kompensieren können und jenen, die dieses Privileg nicht haben. So beobachten wir mit wachsender Sorge, dass sich der gesellschaftliche Reichtum immer stärker konzentriert: Während das wohlhabendste Prozent der Bevölkerung über mehr als ein Drittel des Gesamtvermögens verfügt¹, geraten immer mehr Menschen durch steigende Lebenshaltungskosten in existenzielle Bedrängnis - oft ohne finanzielle Rücklagen oder eigenes Vermögen, um diese Belastungen abzufedern.

Viele - für junge Menschen zentrale - Lebensbereiche leiden seit Jahren unter massiven Investitionsrückständen. Spart der Staat bei Mitteln für außerschulische Bildung, Jugendbildungsstätten und Unterstützungsstrukturen für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, entzieht er ihnen wichtige Erfahrungs- und Entwicklungsräume. Zugleich sendet er das Signal, dass ihre Anliegen politisch kaum Gewicht und Einfluss haben. Dies wirkt sich nicht nur negativ auf die konkreten Lebenswirklichkeiten von jungen Menschen aus, sondern schwächt auch ihr Vertrauen in Politik und ihre Akteur*innen, Politik, Demokratie und gesellschaftliche Teilhabe. Darum sind auch Investitionen in digitale Souveränität notwendig, die langfristig eine Unabhängigkeit von Tech-Monopolen und autokratischen Systemen garantieren, damit auch junge Menschen und zukünftige Generationen an freien digitalen Räumen teilhaben können.

Das ist ein gewichtiges Problem, denn „die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft bemisst sich nicht zuletzt daran, welche Perspektiven und Zukunftschancen sie ihrer Jugend gibt.“² Daher setzen wir uns als katholische Jugendverbände dafür ein, dass alle heute und zukünftig lebenden Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in ihrer Vielfalt faire, gerechte und verlässliche Lebenschancen erhalten. Dies bedingt die Notwendigkeit, alle wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Weichenstellungen und Entscheidungen daraufhin zu überprüfen, inwiefern sie dem guten Leben junger und zukünftiger Generationen dienen - ob sie Generationengerechtigkeit fördern oder gefährden. In diesen Prozess müssen junge Menschen aktiv einbezogen werden, denn sie sind die Expert*innen für ihre Lebenswelten.

¹ https://www.diw.de/de/diw_01.c.793802.de/publikationen/wochenberichte/2020_29_1/-millionaerinnen_unter_dem_mikroskop_datenluecke_bei_sehr_ho_geschlossen_-_konzentration_hoerher_als_bisher_ausgewiesen.html#section7

² Gemeinsames Wort der Kirchen, Nr. 204

Vor diesem Hintergrund und auf Grundlage der Katholischen Soziallehre setzt sich der BDKJ für eine kinder- und jugendgerechte Gesellschaft ein, die Menschenwürde, Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit und soziale und ökologische Nachhaltigkeit als zentrale Grundwerte umsetzt.

Dabei sind Investitionen in dieser Gesellschaft unabdingbar.³ Nur durch gezielte Investitionen in Strukturen, die jungen Menschen zugutekommen, können Zukunftschancen für alle Menschen langfristig gesichert werden. Investitionen, die sich langfristig auszahlen - etwa durch die Bekämpfung von Kinder- und Jugendarmut - führen in der Zukunft zu geringeren Folgekosten in Bereichen wie Gesundheit, Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe. Gleiches gilt für Investitionen zur Bekämpfung der Klimakrise⁴. Solche Investitionen sind Ausdruck von Verantwortung gegenüber jungen und zukünftigen Generationen. Dabei ist zentral, dass Investitionen nicht nur sozial und ökonomisch tragfähig sind, sondern auch ökologisch verantwortungsvoll erfolgen. Investitionen müssen an den Zielen der Agenda 2030 ausgerichtet sein und die planetaren Belastungsgrenzen achten.

Daher fordern wir:

- Eine Reform der Schuldenbremse, die die nötigen Investitionen für eine kinder- und jugendgerechte Gesellschaft langfristig sicherstellt.
- Nachhaltige und umfassende Investitionen in Bildung, außerschulische Angebote, öffentliche Infrastruktur, Bekämpfung der Klimakrise, digitale Souveränität, Kultur und soziale Teilhabe. Dafür braucht es eine Definition positiver Investitionskriterien.
- Eine Entscheidung für Investitionen für eine kinder- und jugendgerechte Gesellschaft unter aktiver Mitgestaltung junger Menschen.
- Investitionen in eine sozial-ökologische Transformation, insbesondere in nachhaltige Energieversorgung, klimafreundliche Mobilität, ressourcenschonende Bauweise und zukunftsfähige Ernährungssysteme.

Das Kriterium der Kinder- und Jugendgerechtigkeit soll sicherstellen, dass sowohl heutige als auch zukünftige Kinder und Jugendliche wirklich profitieren - und zwar über eine reine Betrachtung von Einnahmen und Ausgaben hinaus.

Dabei ist für uns aus christlicher Perspektive klar: Die Finanzierung dieser Investitionen muss solidarisch erfolgen. Das bedeutet:

- Einsparungen bei Menschen am Existenzminimum sind ausgeschlossen. Im Gegenteil muss hier geprüft werden, ob die aktuelle Berechnung des Existenzminimums tatsächlich eine gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht.
- Stattdessen sollen außerordentlich Vermögende mit ihren gewachsenen Möglichkeiten stärker in die solidarische Finanzierung unserer Gesellschaft einbezogen werden.

Unsere Zukunft braucht jetzt Investitionen. Wenn wir jetzt in eine kinder- und jugendgerechte Gesellschaft investieren, profitieren wir alle!

³ Dies legen die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung und der Bundesverband der Deutschen Industrie übereinstimmend dar: https://www.boeckler.de/pdf/pm_imk_2024_05_14.pdf ;

<https://bdi.eu/presse/#/artikel/news/bdi-papier-zu-zusaetzlichem-oeffentlichen-finanzierungsbedarf-rund-400-milliarden-euro-ueber-zehn-jahre>

⁴ : <https://www.nature.com/articles/s41586-024-07219-0>